

# 30. Gemeinderatssitzung 22.10.2025

## Sozialarbeit an der Mittelschule wird fortgeführt

**Seit dem Jahr 2010 wird an der Mittelschule Fieberbrunn ein Schulsozialprojekt erfolgreich umgesetzt.**

Nachdem die bisherigen beiden Schulsozialpädagogen ihre Tätigkeit im Sommer beendet hatten, wurden zur Sicherstellung des Betreuungsangebots vorübergehend zwei Fachkräfte auf Werkvertragsbasis eingesetzt. Eine fixe Nachbesetzung konnte bislang nicht gefunden werden. "Nach Rücksprache mit der Direktion und Elternvertretern sind wir uns einig, dass die Schulsozialarbeit unbedingt fortgeführt werden muss. Unsere jährlichen Evaluierungen zeigen: Rund die Hälfte der befragten Schülerinnen und Schüler haben das Angebot genutzt. Die Aufgabe der Schulsozialarbeit ist es nicht nur, Gespräche zu führen, sondern auch aktiv auf die Jugendlichen zuzugehen, Konflikte frühzeitig zu erkennen und dadurch Probleme zu verhindern", betonte Bürgermeister Walter Astner (Liste Fieberbrunn).

### Bewerbung für Schulsozialarbeitsprogramm des Landes Tirol

Der Gemeinderat sprach sich daher einstimmig dafür aus, eine Bewerbung beim Schulsozialarbeitsprogramm des Landes Tirol einzureichen. Dieses Programm wird von der "Tiroler Kinder- und Jugend GmbH", einer 100-prozentigen Tochter des Landes, angeboten. Das Personal wird vom Land Tirol gestellt, vorgesehen sind 30 Wochenstunden für die Mittelschule. Die Kosten würden dabei zu 65 Prozent vom Land Tirol und zu 35 Prozent von den Schulsprengelgemeinden getragen. "Die Kosten sind in derselben Höhe wie bei den beiden bisherigen Schulsozialpädagogen", erklärte Bürgermeister Astner. Da das Programm eine Warteliste von mehreren Schulen verzeichnet, ist derzeit noch unklar, ob und wann man einen Mitarbeiter zugewiesen bekommt. Um einen nahtlosen Übergang sicherzustellen, werden die derzeit auf Werkvertragsbasis beschäftigten Schulsozialarbeiter bis zum möglichen Beginn angestellt bleiben. "Dieses Angebot ist von enormer Bedeutung. Hier zu sparen wäre der absolut falsche Weg", unterstrich auch Gemeinderätin Maria Hasenauer (Grüne).

---

## Weitere Weichen für Hotelprojekte gestellt

**Zwei schon seit Langem in der Projektentwicklung befindliche Hotelvorhaben sowie eine Erweiterung eines bestehenden Betriebes standen in der Sitzung des Gemeinderates auf der Tagesordnung.**

### Einstimmiger Beschluss für Doischberg II

Im Bereich der Talstation der Bergbahn oberhalb des Robinson Club Fieberbrunn, wird seit 2017 an einem Hotelprojekt gearbeitet. Bereits 2021 wurde dafür ein baulicher Entwicklungsbereich für eine Sondernutzung "Hotel" ausgewiesen. Nun werden die Pläne für das sogenannte Projekt "Doischberg II" konkret. Der Wiener Immobilienentwickler Immovante stellte dem Gemeinderat kürzlich das Konzept vor: Vorgesehen ist eine Hotelanlage mit maximal 300 Betten samt Tiefgarage sowie ein Personalhaus mit 30 Betten. Als möglicher Betreiber ist eine renommierte thailändische Hotelgruppe in konkreten Verhandlungen, die ihr erstes Hotel in Mitteleuropa eröffnen möchte. Um das Projekt zu ermöglichen, passte der Gemeinderat einstimmig das Raumordnungskonzept und den Flächenwidmungsplan entsprechend an. "Das Hotelprojekt soll laut den Investoren so rasch wie möglich umgesetzt werden", erklärte Bürgermeister Walter Astner (Liste Fieberbrunn).

Der nächste Schritt ist nun die Erstellung des Bebauungsplans. Weiters sind Sicherstellungen für eine verträgliche Ausführung im Sinne des Naturschutzes erforderlich, die eng mit der Naturschutzbehörde abgestimmt werden müssen. "Wir hoffen, dass das Projekt so wie vorgestellt umgesetzt wird und werden dies auch beim Bebauungsplan einfordern", betonte Vizebürgermeister Hannes Fleckl (Grüne).

### Nächster Schritt für Marriott-Hotel

Bereits vor einem Jahr hatte der Gemeinderat die Auflagebeschlüsse zum Flächenwidmungsplan und zum Bebauungsplan für das Hotelprojekt am Tragstättareal rund um den Investor Nedko Mladenov mehrheitlich gefasst. "Es sind während der Auflagefrist keine Stellungnahmen und Einsprüche eingelangt. Damit kann der Erlassungsbeschluss nun gefasst werden", erklärte Bürgermeister Astner.

Verzögert hatten die Beschlüsse zuvor unter anderem Abstimmungserfordernisse im Betreibervertrag mit der Marriott-Gruppe. Die überarbeiteten Unterlagen wurden entsprechend der Bestimmungen im Raumordnungsgesetz von einer unabhängigen Steuerberatungskanzlei überprüft und Details angepasst. Der Gemeinderat stimmte dem Erlassungsbeschluss mit 11 zu 6 Stimmen zu. Dagegen sprachen sich die Grünen sowie die Gemeinderätin Stephanie Pletzenauer aus.

### **Boutiquehotel wird erweitert**

Der Gemeinderat stimmte mit 13 zu 4 Stimmen für die Erweiterung des Boutiquehotels "home suite home" im Bereich Lindauweg. Geplant sind eine Vergrößerung des Wellnessbereichs, attraktivere Zimmer sowie eine Verbesserung der Parksituation. Dafür wird ein bisher niedrigerer Gebäudeteil niveaugleich aufgestockt und eine Tiefgarage mit 12 Stellplätzen errichtet. Der dafür notwendige Bebauungsplan mit erhöhter Bebauungsdichte wurde mehrheitlich beschlossen. Gegenstimmen kamen von der Mehrheit der Grünen.

---

## **Die Gebühren werden erhöht**

**Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, die Gebühren im Jahr 2026 durchschnittlich um rund vier bis fünf Prozent anzuheben.**

Damit wird einerseits die allgemeine Preissteigerung – der Verbraucherpreisindex lag im vergangenen Jahr bei etwa vier Prozent – berücksichtigt, andererseits sollen teilweise auch die im Jahr 2022 ausgesetzten Erhöhungen bei Kanal-, Wasser-, Abfall- und Friedhofsgebühren nachgeholt werden. "Wir haben bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass wir diese Anpassungen vornehmen müssen. Zudem sind einige Gebührenerhöhungen notwendig, um Förderungen des Landes erhalten zu können", erklärte Bürgermeister Walter Astner (Liste Fieberbrunn). Nicht betroffen von den Erhöhungen sind die Hundesteuer, der Erschließungskostenfaktor, die Freizeitwohnsitzabgabe sowie die Marktgebühren.

### **Höhere Anpassung der Abfallgebühren notwendig**

"Aufgrund der steigenden Lohn-, Energie- und Entsorgungskosten verzeichnen wir im Bereich der Abfallentsorgung bzw. im Recyclinghof einen Abgang von rund 20.000 Euro", veranschaulichte Vizebürgermeister Thomas Wörgetter (Wir für Fieberbrunn – JUFI). Um den Abgang abzufedern, werden die Abfallgebühren im kommenden Jahr um fünf bis sechs Prozent angehoben, also rund ein Prozent über der Inflationsrate. "Mit den zusätzlichen Einnahmen sollten wir die Mehrkosten zum Großteil ausgleichen", so Wörgetter. Darüber hinaus gibt es weitere Neuerungen: Ab 2026 wird im Recyclinghof die gemeinsame Sammlung von Dosen und Kunststoffverpackungen eingeführt. Bei Problemstoffen wird künftig ein Mitarbeiter des Recyclinghofs die Abgabe vor der Entsorgung überprüfen, um mögliche Sicherheitsrisiken zu vermeiden. Außerdem startet im Jänner die Abholung von Biomüll bei den Haushalten.

### **Leerstandsabgabe mit 15 Prozent festgelegt**

Mit 1. Jänner 2026 treten neue Rahmenbedingungen des Landes Tirol für die Leerstandsabgabe in Kraft. Der Gemeinderat hat sich einstimmig darauf geeinigt, den Abgabensatz künftig mit 15 Prozent auf Basis der vom Land festgelegten Mietwerte für die Selbstbemessungsabgabe festzusetzen. "Der Satz hätte bis zu 30 Prozent betragen können. Mit 15 Prozent liegen wir jedoch in etwa auf dem Niveau der bisherigen Abgabe", erklärte Bürgermeister Astner.

## **Kurz notiert**

- **Gemeinde erzielt große Energieeinsparungen**

Vizebürgermeister Thomas Wörgetter (Wir für Fieberbrunn – JUFI) zog eine positive Bilanz zu den Energiesparmaßnahmen der vergangenen Jahre in den Bereichen Strom, Gas und Heizöl. Gegenüber dem Jahr 2020 konnte der Stromverbrauch pro Jahr um ca. 180.000 Kilowattstunden und der Gasverbrauch um ca. 340.000 Kilowattstunden gesenkt werden. Die größten Einsparungen beim Strom wurden im Gemeindezentrum und im Sozialzentrum erreicht, beim Gas insbesondere im Wohnheim Friedenau und in der Mittelschule. In der Volksschule Dorf konnten zudem rund 7.000 Liter Heizöl eingespart werden, hauptsächlich zurückzuführen auf eine neue Steuerungsregelung.

- **Behindertenparkplätze fehlt Rechtsgrundlage**

Auf Antrag von Gemeinderätin Stephanie Pletzenauer (listenfrei) sollen die fehlenden Verordnungen bei Behindertenparkplätze überprüft werden. "Wie in vielen Orten in Österreich sind auch bei uns die Parkplätze für Menschen mit Behinderung derzeit nicht rechtlich konform verordnet. Bei Falschparkern hat die Polizei deshalb keine Handhabe", erklärte Pletzenauer. Der Gemeinderat beschloss einstimmig, dass sich der Mobilitätsausschuss mit der rechtlichen und praktischen Umsetzung der Behindertenparkplätze befassen soll. Ziel ist es, Maßnahmen für eine korrekte Verordnung und eine klare Beschilderung vorzubereiten, um die Barrierefreiheit und Inklusion zu gewährleisten.

